

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

18. WP - 4. Sitzung

am Mittwoch, dem 22. August 2012, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Barbara Ostmeier (CDU)

Vorsitzende

Dr. Axel Bernstein (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Simone Lange (SPD)

Tobias von Pein (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes	4
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und den Abgeordneten des SSW Drucksache 18/55	
2. Verschiedenes	5

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 13:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und den Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/55](#)

(überwiesen am 22. August 2012)

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des interfraktionellen Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesrichtergesetzes, [Drucksache 18/55](#).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss kurz über das zwischen der Landesregierung und dem Landtag vereinbarte Verfahren im Zusammenhang mit den kommunalen Verfassungsbeschwerden der Kreise Dithmarschen, Ostholstein, Steinburg und Nordfriesland gegen Vorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Bundeskindergeldgesetzes, zu dem der Ausschuss gegenüber dem Landtag schon eine Beschlussempfehlung abgegeben hat, [Drucksache 18/85](#). Vor dem Hintergrund entsprechender Signale aus den Kommunen werde die Landesregierung versuchen, hier eine Einigung zwischen Land und Kommunen auf einem außergerichtlichen Weg herbeizuführen. Der Landtag werde deshalb die Entscheidung über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, die für diese Tagung vorgesehen gewesen sei, zunächst zurückstellen.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 13:40 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin